Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Antrag

Vorlage-Nr:	**26/ANT/0882**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Datum:	01.10.2026

Keine Windkraftanlagen in der Nähe zum Ortsteil Güldendorf der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
06.10.2026	Dezernentenberatung
05.11.2026	Stadtverordnetenversammlung

Antrag:

Teil 1) Keine Windkraftanlagen in der Nähe respektiv auf den Flurstücken des Ortsteils (Gemarkung) Güldendorf der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) zu befürworten.

Teil 2) Vorbehaltlich der Entscheidungen (gegen Windkraftanlagen) der Ortsbeiräte der Ortsteile (Gemarkungen) Lossow und Markendorf der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) keine Windkraftanlagen in der Nähe respektiv auf den Flurstücken zu den Ortsteilen Lossow und Markendorf zu bauen.

Dass über die im „regionalen Entwicklungsplan“ dargestellten Windeignungsflächen keine zusätzliche Flächen zu den Ortsteilen Güldendorf, Lossow und Markendorf ausgewiesen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass über die im „Regionalen Entwicklungsplan“ dargestellten Windeignungsflächen keine eigenen Flächen (Flurstücke) in der Nähe zu den Ortsteilen Güldendorf, Lossow und Markendorf auszuweisen.
Die Stadt Frankfurt (Oder) wird keine über den Regionalplan hinausgehenden Windenergieflächen durch ihre Bauleitplanung in den Ortsteilen (Gemarkungen) Güldendorf, Lossow und Markendorf betreiben oder beschließen.

Begründung:
Das Unternehmen Enertrag plant gemeinsam mit den Stadtwerken Frankfurt (Oder) den Bau von fünf bis sechs rund 267 Meter hohen Windkraftanlagen im Süden von Frankfurt (Oder) nahe den Ortsteilen Güldendorf, Lossow und Markendorf.

Diese Bauabsicht ist nicht Bestandteil der Regionalen Entwicklungsplanung. Die AfD-Fraktion will durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung endlich Klarheit für die Bürger Güldendorfs, Lossow und Markendorf erzielen.

Die seit Monaten andauernde Diskussionen, Demonstrationen, Presseberichte etc. belasten das gedeihliche Zusammenleben der Bürger in den betroffenen Ortsteilen. Die Politik ist aufgefordert hier öffentlichen Frieden wieder herzustellen.

Wir bitten die SVV um Zustimmung.

Anlagen:

1	Seniorenbeirat Stellungsnahme 26 ANT 0882 (öffentlich)
2	26-ANT-0882 Austauschblatt (öffentlich)

Entscheidungsergebnis:

	einstimmig		mit Mehrheit		zurückgezogen
	Ja		Nein		Enthaltung
	lt. Beschlussvorlage		abweichend		abgelehnt
	zur Kenntnis genommen				

überwiesen	
Ausschließung § 22 BbgKVerf	Es wurden keine Ausschließungsgründe angezeigt.
Wiedervorlage	